

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Rosastr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Circuloffiz Riesa Nr. 52.

Nr. 154.

Montag, 6. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Wechsler. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 6 mm hohe Druckzeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife für besondere Anzeigen, wenn der Vertrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Schüler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Bittich, Riesa.

## Vor deutsch-französischen Verhandlungen.

W.D. In Berlin liegen zuverlässige Mitteilungen vor, denen zufolge die französische Regierung zu direkten Verhandlungen mit Deutschland über die Sicherheitsfrage bereit sein soll. Die deutsche Note, die das Verhandlungsangebot an Frankreich enthält, soll daher mit Berücksichtigung abgeändert werden, da man deutschseits damit rechnet, daß es bereits Anfang oder Mitte August zu deutsch-französischen Erörterungen kommt. Der August wäre an sich schon ein ziemlich später Verhandlungstermin, denn der Völkerbund will im September wieder zu Beratungen zusammenkommen. Bis dahin soll sich Deutschland über die Frage seines Beitritts schlüssig geworden sein. Nach Auffassung der diplomatischen Kreise würde eine solche deutsch-französische Konferenz absolut nur vorbereitenden Charakter haben können, denn ein so weittragendes Problem wie die Sicherheitsfrage läßt sich erst nach sehr langwierigen Verhandlungen regeln. Es würde also ganz falsch sein, anzunehmen, daß unmittelbar nach den deutsch-französischen Erörterungen schon eine allgemeine Konferenz unter Einwirkung Englands, Italiens und Belgiens einberufen werden könnte. Deutschland und Frankreich müßten verhandeln, dem Ziel näher zu kommen und die Hauptlinie festzulegen, auf denen sie eine Einigung herbeiführen zu können glauben.

Es ist kein zufälliges Zusammentreffen, daß die in Aussicht stehende deutsch-französische Konferenz wenigstens von deutscher Seite zu einem Zeitpunkt vorbereitet wird, an welchem sich die Frage der endgültigen Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebietes entschieden haben wird. Wird die Räumung pünktlich vollzogen, dann wäre für die deutsch-französische Konferenz eine erträgliche Atmosphäre geschaffen und beide Teile könnten bei den Verhandlungen verfahren, die noch bestehenden Streitfragen völlig zu klären. Das Ergebnis solcher Verhandlungen kann, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, entweder mit einer deutsch-französischen Annäherung oder aber — im Falle eines Scheiterns — mit einer verschärften Spannung zwischen den beiden Ländern enden. Zur Zeit läßt sich absolut nicht sagen, ob die Aussichten dieser Verhandlungen günstig oder ungünstig sind. Es haben bereits wiederholte diplomatische Vorbereitungen zwischen deutscher und französischer Seite stattgefunden, aber man ist von einer Klärung noch soweit entfernt, daß es verfrüht wäre, etwa schon jetzt Erwägung über die Tragweite der deutsch-französischen Verhandlungen anzustellen.

Dr. Stresemann hat, wie aus dem Verlaufe der letzten Auseinandersetzungen der parlamentarischen Kreise zweifellos hervorgeht, die volle Bewegungsfreiheit, sobald er in der Lage sein wird, im Falle direkter Erörterungen der französischen Regierung positive Vorschläge zu unterbreiten. Nachdem sich das Reichskabinett jetzt mit ihm solidarisch erklärt hat, würden den Schritten des deutschen Außenministers auch keine innenpolitischen Hemmnisse mehr entgegenstehen. Wenn in der übernächsten Woche nach der Abendung der deutsche Note eine Aussprache im Reichstag aufkünde kommt, so wird bis dahin schon längst eine vollständige Klärung der parlamentarischen Situation herbeigeführt sein. Der Reichskanzler hat die Führer der Regierungsparteien nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es jetzt keinen Streit mehr über die außenpolitische Lage geben dürfte, zumal die Situation viel zu weit gediehen sei, um derartige, die deutsche Stellung schwächende Erörterungen zuzulassen. Es bleibt daher auch vorläufig noch eine mühsame Frage, ob der Reichstag nun dem Außenminister als solchem oder dem Gesamtkabinett nach Beendigung dieser Aussprache ein Vertrauensvotum erteilen wird. Auf jeden Fall muß das Reichskabinett voll aktiv sein, wenn es sich mit der französischen Regierung an den Verhandlungstisch setzen will. Darüber bestehen auch in den Kreisen der Regierungsparteien keine Zweifel mehr, so daß auf der Grundlage der vorkonkreten Richtlinien schon jetzt eingehende Besprechungen zwischen den parlamentarischen Führern stattfinden, deren Aufgabe es ist, für die Regierung eine gesicherte parlamentarische Grundlage zu schaffen.

## Die Schuld an dem deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg.

W.D. Berlin. Deutschland hat bei den Verhandlungen mit Polen von vornherein den größten Wert darauf gelegt, zu einem endgültigen Handelsvertrag zu gelangen, der zugleich Tarifbindungen enthält und die Niederlassungsfrage regelt. Die Polen konnten sich aber mit Rücksicht auf ihre gegenwärtige Wirtschaftslage nur zu tariflichen Bindungen nicht bereit erklären, und daran scheiterte ein endgültiger Handelsvertrag. Infolgedessen schlug Deutschland den Polen für eine gewisse Übergangszeit den Beschluß eines Provisoriums vor, in dem namentlich die Kohlenfrage eine bedeutende Rolle spielte. Nach dem Genfer Vertrag war bekanntlich Deutschland aufgelegt worden, bis zum 15. 6. 1925 Polen ein monatliches Kontingent von 500 000 T. Kohlen zur Einfuhr von Ost- und Oberschlesien nach Deutschland freizugeben. Nach Ablauf der Frist hat Deutschland den Polen für die Zeit des abzuschließenden Provisoriums die weitere Zulassung eines monatlichen Kontingents von 60 000 T. Kohlen vor, und folgerte infolge des Widerstandes der Polen dieses Angebot sogar auf 100 000 T. Bei Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages mit tariflichen Bindungen könnte die Kohlenfrage wohl noch anders geregelt werden, aber für das Provisorium ist Deutschland nach Angabe von unternommenen Stellen bis mit einem Dutzend von 100 000 T. Kohlen an die äußerste Grenze

beffen gegangen, was für die deutsche Wirtschaft noch erträglich ist. Während die Verhandlungen über das Provisorium noch schwebten, fiel plötzlich Polen über Deutschland mit seiner Verordnung vom 24. Juni her, die sich zwar formell gegen alle Staaten richtet, in Wirklichkeit aber, da Polen mit anderen Staaten Handelsverträge hat, nur Deutschland trifft und treffen soll. Diese Verordnung legt fast den gesamten Export Deutschlands nach Polen lahm. Unter diesen Umständen blieb der deutschen Regierung nichts anderes übrig, als mit den gestern bekanntgegebenen wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen zu antworten. Deutschland ist nach wie vor bereit, die Verhandlungen über ein Provisorium weiterzuführen, solange Polen aber keine Kompromißmaßnahmen durchführt, muß Deutschland mit wirksamen Maßnahmen sich dagegen wehren. Es ist nun Sache der Polen, zur Verhandlung die Hand zu bieten. Die Schuld an dem Wirtschaftskrieg liegt auf jedem Fall auf polnischer Seite.

## Die Zolltarifvorlage.

W.D. Berlin. Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages hörte in seiner Sonabend Sitzung zunächst das Ergebnis der Beratungen seines Unterausschusses. Der Unterausschuss hat sich dahin geäußert, als Vorhaben den der Enquete-Kommission Herrn Rabattag zu bestimmen. Stellvertretender Vorsitzender wird Herr August Müller. Außerdem wurde beschlossen, in die Kommission zwei Nationalökonom Dambold und Sebring und zwei Betriebswirtschaftler oder Betriebswissenschaftler als Beisitzer zu wählen. Der Ausschuss sollte außerdem für die 5 größten Fraktionen einschl. der Kommunisten je zwei Vertreter, für die kleineren Fraktionen je ein Vertreter angehören. Die Parteien sollen auch die Möglichkeit haben, Nichtmitglieder des Reichstages als ihre Vertreter zu bestimmen. Der Ausschuss sanktionierte die Beschaffung des Unterausschusses.

In der Weiterberatung der Einzelpositionen für die Position: Steine und Erden der Zolltarifvorlage begründete Abg. Solmann (Soz.) einen Antrag, zu den Böden für die für Baugewerbe und damit für die Wohnungsnot besonders wichtigen Gruppen Steine und Erden den Reichsarbeitsminister zu hören. Wenn der Baustoff durch Hochschulung weiter verteuert würde, würden die Aussichten für die Wohnung noch erheblich schlechter werden.

Der Ablehnung verfallen Anträge, die die Zolltarif für Zement ganz freieren und die für Zement um ein Drittel herabsetzen wollten. Reichswirtschaftsminister Dr. Neubaum wies darauf hin, daß die Stellung unserer Handelsvertragsunterhändler geradezu unmöglich gemacht wird, wenn bei Positionen, die von der Regierung als nur zu handelspolitischen Zwecken gedacht seien, immer wieder Anträge auf Herabsetzung gestellt würden.

## Zur Aufwertungsfrage.

W.D. Berlin. Der Aufwertungs-Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Sonntag mit der Beratung eines Antrages des Freiherrn v. Rittshofen (Dem.), der ein völlig neues System der Anleiheaufwertung vorschlägt. In seiner Begründung äußerte der Antragsteller: Das Verbot der Vergebung müßte dahingehen, den Anleihebesitzern ein sofortiges Geldwertes Papier in die Hand zu geben. Dies sollte sein Antrag. Mit den Beschlüssen der ersten Sitzung werde dem wesentlichen Wunsch der Anleihe-Inhaber sofort in dem Maße eines harten- und lombardfähigen Papiers zu gelangen, nicht Rechnung getragen. Zum Vorteil der Anleihe-Inhaber sei es notwendig, Sicherheit für die Umtauschfälle vorzulegen.

Ministerialdirektor v. Brandt erwiderte im Namen des Reichsfinanzministers, daß die im Antrag v. Rittshofen enthaltene Erhöhung der Belastung des Reiches für das Reich untragbar sei. Aber auch gegen das System des Antrages v. Rittshofen beständen schwere Bedenken.

Abg. Dr. Kils (Dem.) beantragte, dem Reichsbankpräsidenten zu den Beratungen über den Antrag v. Rittshofen und dem Antrag der Regierungsparteien hinzuzuziehen. Weniger aus Gründen des Sachverständigenrats, als aus der Erwägung heraus, daß bei einer Finanzaktie von so weittragender Bedeutung unbedingt die Autorität der Reichsbank mit einbezogen werden müsse.

Die Besprechung über den Antrag Rittshofen wurde hierauf abgebrochen und der Antrag des Abg. Dr. Kils angenommen. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

## Handwerkerfragen.

Schaffung eines Reichskommissars für Handwerk und Kleingewerbe.

W.D. Berlin. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde zunächst der Ergänzungsetat des Reichswirtschaftsministeriums verhandelt. Reichswirtschaftsminister Dr. Neubaum erkannte den Wunsch an, daß die Belange des Handwerks und Kleingewerbes bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen wirksam vertreten werden. Sie ist bereit, den von den Parteien in dieser Richtung geäußerten Wünschen des Handwerks entgegenzukommen. Diese Wünsche gehen bekanntlich daraus hervor, beim Reichswirtschaftsministerium eine besondere Stelle zu schaffen, die sich mit den Handwerkerfragen befassen soll. Die von einzelnen Parteien vorgeschlagene Form, einen Staatssekretär für das Handwerk zu ernennen, läßt sich aber im Rahmen der bestehenden Behördenorganisation nicht verwirklichen. Um aber dem Handwerk eine stärkere Vertretung ihrer Belange zu sichern, ist die

Reichsregierung bereit, beim Reichswirtschaftsministerium einen Reichskommissar für das Handwerk u. d. Kleingewerbe zu schaffen. Diesem Reichskommissar soll zur Unterstützung seiner Aufgaben ein kleiner Ausschuss an die Seite gestellt werden, dem selbständige Handwerker und Kleingewerbetreibende angehören. Hierauf genehmigte der Ausschuss den Ergänzungsetat des Reichswirtschaftsministeriums.

## Protest gegen die Finanzwirtschaft.

Leipzig. Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie nahm bei einer gestern hier veranstalteten Protestkundgebung gegen die öffentliche Finanzwirtschaft und gegen die geplante Steuerreform eine Entschiedenheit an, in der es u. a. heißt: Die auf Veranlassung des Hansabundes am 5. Juli in Leipzig versammelten Vertreter von Gewerbe, Handel und Industrie richten an die Reichsregierung und den Reichstag die dringende Aufforderung, die gegenwärtig zur Beratung stehende Steuerreform weit mehr den wirtschaftlichen Mindestforderungen anzupassen, als dies bisher geschehen ist. Die gegenwärtige Steuerreform ist für die nächste Zukunft der deutschen Wirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn es jetzt gelingt, die Grundlage für ein erträgliches Verhältnis zwischen Volkswirtschaft und Steuern zu schaffen, wird es möglich sein, daß die Wirtschaft praktisch die großen nationalen Aufgaben für das Staatsganze zu erfüllen vermag.

## Für Auflösung des Sächsischen Landtages.

Der sozialdemokratische Parteivorstand in Berlin hat erneut zum sächsischen Parteivorstand Stellung genommen und einen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt: Der Parteivorstand hat sich am 3. Juli 1925 erneut mit der sächsischen Frage befaßt. Er ist der Auffassung, daß der Zustand, wie er sich im Laufe der Zeit in Sachsen immer herausgebildet hat, im Interesse der Gesamtbevölkerung nicht länger fortbestehen kann. Der Parteivorstand der Sozialdemokratie bildet nach wie vor die Grundlage des sächsischen Landtages. Die Konsequenzen eines solchen Schrittes sind von beiden Seiten in aller Öffentlichkeit erörtert worden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es von schwerwiegender Bedeutung ist, die Partei und ihren Einfluß auf die sächsische Landespolitik fest zu halten. Der Parteivorstand muß sich aber die Frage vorlegen, ob es sowohl vom Standpunkt der sächsischen Partei wie vom Standpunkt der Gesamtbevölkerung aus nicht das kleinere Übel ist, selbst die Schlußfolgerungen dieser Konsequenzen gegebenenfalls in Kauf zu nehmen, als den Zustand weiter fortbestehen zu lassen, daß Organisationen und Kreise in hohem Maße im Gegensatz zu der Mehrheit der Parteimitglieder im sächsischen Landtag und den parteigenösslichen Mitgliedern der Landesregierung stehen. Der Parteivorstand ist der Auffassung, daß der gegenwärtige Zustand, wenn kein Ausweg gefunden werden kann, zur Reorganisation der Partei in Sachsen führen muß. Es ist daher die Pflicht der sächsischen Parteimitglieder im Landtage, nunmehr angesichts der Auffassung des Parteivorstandes herbeizutreten, um damit die Grundlage zu schaffen für die Wiederherstellung der Einheit und Geschlossenheit der sächsischen Partei, die allen anderen Erwägungen vorgezogen werden muß und für einen erfolgreichen Wahlkampf Voraussetzung ist.

## Amundsens Ankunft in Oslo.

Oslo. Amundsen ist am Sonntag gegen Mittag in Oslo eingetroffen und von einer großen Menschenmenge freudig begrüßt worden. Seinen Schiffsjahren Motorboote, die Spalier bildeten, und Flugzeuge entgegen. Die Königin Rand rief von ihrem Motorboot Amundsen den ersten Willkommensgruß zu. Der Stortingspräsident hielt die Begrüßungsansprache. Amundsen erwiderte auf die Rede des Stortingspräsidenten mit einer Ansprache, in der er, auch im Namen seiner Gefährten, seinen Dank für die Willkommensgrüße aussprach. Er schloß mit einem Hoch auf Norwegen. Darauf fuhr die Polarflieger in offenen Wagen zum Schloß. Längs des ganzen Weges standen ungeheure Menschenmengen, die die Flieger begrüßten. In der Karl-Johann-Straße hatten eine Abteilung der Garde und eine Abteilung einer Automobillkompanie die Ehrenwache übernommen. Bei dem Empfang im Schloß begrüßte der König Amundsen und seine Gefährten und überreichte Amundsen die Bürgermedaille. Auch seine Gefährten erhielten Ordensauszeichnungen.

Oslo. (Funkspruch.) Nach einem zu Ehren der Polarflieger gegebenen Frühstück des Luftfahrervereins sprach Amundsen, der begeistert begrüßt wurde, in einer von der Osloer Arbeiterpartei veranstalteten großen Arbeiterversammlung. Auf dem Wege zum Schloß, wo ein Galaband stattfand, waren die Polarflieger wiederum Gegenstand begeisterten Huldigungen. Der König feierte in einer Rede die Verdienste der Expeditionsteilnehmer und erklärte, Amundsen und seine Begleiter hätten eine Tat ausgeführt, die den Namen Amundsens in der ganzen zivilisierten Welt zu Ehren gebracht habe. Nach der Rede des Königs spielte die Musikabteilung die Nationalhymne. Hierauf ergriß Amundsen das Wort. Er gab eine Schilderung seiner Erlebnisse und sprach seine Freude über den unerwartet anfallenden Empfang aus.